Weltwirtschaft im Zeichen der Geopolitik

Jens van Scherpenberg

1. Von der Globalisierung zur Geoökonomie

Die über 30 Jahre währende Ära der Globalisierung ist vorbei. Sie galt als die hohe Zeit weltweiten Freihandels, ungehinderten Kapitalverkehrs, mithin einer Weltwirtschaft, in der die Staaten mit ihren protektionistischen, gar geopolitisch-strategischen Interessen keine große Rolle mehr spielten – abgesehen von der großen Ordnungsmacht USA, der alleinigen Supermacht. Mit dem Ende des Ostblocks und der wirtschaftlichen Öffnung Chinas war erstmals ein den ganzen Globus umspannender Weltmarkt entstanden, eine Sphäre dynamischen Kapitalwachstums vor allem in den reichen westlichen Industrieländern, die ihre Lieferketten – begünstigt von sinkenden Transportkosten – weltweit ausdehnten, um die jeweils kostengünstigsten Standortbedingungen auszunutzen. In diesem Standortwettbewerb schienen die nationalen Staatsgewalten die Getriebenen zu sein, gezwungen zu immer mehr Deregulierung, Steuer- und sonstiger Kostensenkungen für Unternehmen, kurz: zu einem Verlust an wirtschafts- und sozialpolitischer Gestaltungshoheit sprich: Souveränität. Der Internationale Währungsfonds (IWF) tat gegenüber noch widerstrebenden Entwicklungsländern, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten waren, mit seinen scharfen Auflagen zur Sanierung der Staatsfinanzen durch Privatisierung von Staatsvermögen und Kürzung von Subventionen und Sozialleistungen das Seine, um jeden Winkel der Welt als Anlagesphäre für das international agierende Kapital attraktiv zu machen. Er exekutierte damit den „Washington Consensus", mit dem die Wachstumskonzepte der neoliberalen Schule weltweite Geltung beanspruchten. Die 1994 abgeschlossene Uruguay-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT schließlich erweiterte die Freihandelsregeln des GATT auf bislang ausgenommene Agrarprodukte, auf Dienstleistungen und öffentliche Beschaffungen. Vor allem aber gab sie mit der Schaffung der Welthandelsorganisation WTO und deren zweistufigem Streitschlichtungsverfahren dieser schönen neuen Weltwirtschaft einen festen verbindlichen Ordnungsrahmen, den schließlich sogar die aufstrebende wirtschaftliche Großmacht China mit ihrem WTO-Beitritt 2001 akzeptierte.

Die globalen Großkrisen der letzten 17 Jahre haben diesem vermeintlich immer staatsfreieren Paradies für privates Kapital allerdings ein abruptes und nachhaltiges Ende gesetzt. Die internationalen Finanzkrise von 2008/9, Resultat spekulativer Vorwegnahme immer weiter steigenden Wachstums durch das global agierende Finanzkapital, die europäische Staatsschuldenkrise, zwingende Folge des Auseinanderklaffens von Wirtschaftsleistung und



Dr. Jens van Scherpenberg
Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 73. Jahrg., Heft 3/2024, S. 291-298 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v73i3.07

Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder, schließlich die Corona-Krise als externer Schock hätten jede für sich das Weltfinanzsystem zum Zusammenbruch, die Weltwirtschaft in eine massive und langwährende globale Rezession treiben können. Nur gewaltige Stützungsmaßnahmen der großen westlichen Industriestaaten, die die Staatsverschuldung weiter aufblähten, konnten die Krisen eindämmen.

Darüber haben sich die großen Weltwirtschaftsmächte, allen voran die USA, ganz grundsätzlich auf ihre Gestaltungsmacht besonnen und sich verabschiedet von dem klassischen Konzept der Wirtschaftswissenschaft, der marktgesteuerten Ausrichtung des Handels nach „komparativen Kostenvorteilen": Jede Volkswirtschaft spezialisiert sich auf die Güter, die sie relativ zu anderen Gütern am kostengünstigsten produzieren kann. Auf dieses Konzept stützt sich das freihändlerische Dogma, „a rising tide lifts all boats", sprich: globales Wachstum nutzt allen. Denn es zeigte sich, dass unterschiedliche nationale Wirtschaftspolitiken die einzelnen Wirtschaftsmächte sehr unterschiedlich aus den Krisen hervorgehen ließen. Chinas Wirtschaft, von der Finanzkrise nicht erfasst, wuchs weiter stürmisch und erwies sich mit ihren hohen Importen in den folgenden Jahren als wichtige Wachstumslokomotive für viele andere Staaten. Das galt vor allem für Deutschland, wodurch sich die in der Euro-Staatsschuldenkrise zutage tretenden gravierenden Differenzen in der Wachstumsdynamik der einzelnen Euro-Länder noch verschärften.

Zunächst war es vor allem die amerikanische Außenwirtschaftspolitik, die sich dem Denken in „relative gains" zuwandte, wie es die politikwissenschaftliche Fachrichtung der Internationalen Beziehungen formuliert: Was zählt, sind nicht absolute Wohlstandsgewinne, sondern der Gewinn relativ zu anderen Mächten. Und hier mussten die USA konstatieren, dass China auf dem Weg war, sich zu einer ihnen gleichrangigen Weltmacht zu entwickeln[1] und dass auch die europäische Führungsmacht Deutschland mit ihren Exporten zu einem Verlust an Weltmarktanteilen für die USA, wenngleich in einem wachsenden Weltmarkt, beitrug und sich darüber manche aus US-Sicht unerwünschten politischen Eigenmächtigkeiten leistete – wie etwa den wachsenden Erdgasbezug aus Russland.

Natürlich hat der geopolitische Blick auf die Welt für die USA schon zuvor eine Rolle gespielt. Aber unter den Bedingungen der Globalisierung galt es als ausgemacht, dass das freie Spiel der Kräfte auf den Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkten quasi natürlich vor allem der amerikanischen Wirtschaft nutzen würde. Als sichtbar wurde, dass das nicht der Fall war, kam es zu brachialen Eingriffen in die Märkte, um die US-Dominanz zu verteidigen.

Die krude Umsetzung der Theorie der „relative gains" in praktische Politik blieb Donald Trump in seiner ersten Amtszeit 2017 bis 2021 überlassen. Die relativen Gewinne anderer Staaten im Welthandel ließen Trump poltern: „They are ripping us off" – sie nehmen uns aus. Und seinen Worten ließ er Taten folgen: Absage an bzw. Neuverhandlung von Freihandelsabkommen, „Strafzölle" auf Importe aus China und der EU zeugten von einer Hinwendung zu protektionistischer bzw. merkantilistischer Außenhandelspolitik mit dem Ziel, mehr industrielle Produktion „heimzuholen" an den nationalen Standort und so das gewaltige Handelsbilanzdefizit der USA abzubauen.

Mit weniger martialischen Worten, aber noch konsequenteren Taten hat die Biden-Regierung diesen Kurs fortgesetzt.

So hat sich in den letzten Jahren in der Weltwirtschaft der Übergang von der Globalisierung zur Geoökonomie vollzogen: Wirtschaftspolitik und Handel werden unter dem Gesichtspunkt der nationalen Souveränität und der Kräfteverhältnisse der Staaten betrachtet. Bisherige weltumspannende Lieferketten werden schrittweise ersetzt durch die Renationalisierung von Produktion, zunächst unter dem Eindruck unterbrochener globaler Lieferketten während der Corona-Pandemie; inzwischen zunehmend bestimmt von der strategischen Konfrontation der USA mit China. Mit Blick auf letztere forderte die US-Finanzministerin Janet Yellen mehr „Friend-shoring" von Lieferbeziehungen. Anknüpfend an den Begriff des in der Globalisierung praktizierten „Offshoring", der Verlagerung von Produktion in Länder mit kostengünstigen Standortbedingungen, solle die Produktion wichtiger Industrieprodukte, nicht zuletzt Pharmazeutika, von China zurück in mit den USA verbündete „freundliche" Staaten verlegt werden. Wollen ausländische Investoren in den USA oder der EU Unternehmen kaufen oder Direktinvestitionen tätigen, werden diese kritisch geprüft und meist untersagt, wenn die geplanten Investitionen von geoökonomischen Rivalen wie China kommen.

Auch durch direkte wirtschaftspolitische Maßnahmen wird die Renationalisierung betrieben.

Industriepolitik erlebt einen neuen Aufschwung und hat einen regelrechten Subventionswettlauf ausgelöst. Mit ihrem „Inflation Reduction Act" (IRA) hat die Biden-Regierung hier ein wegweisendes Beispiel geliefert, zumal die IRA-Subventionen und -Steuervergünstigungen in Höhe von über 400 Milliarden Dollar noch mit „buy national"-Klauseln verbunden sind, also nur für inländische Produktion gewährt werden. Das schädigt unmittelbar Importe aus anderen Ländern, nicht nur aus China, auch von Verbündeten wie der EU. Dass unter Biden zudem die hohen Zölle auf Importe aus China nicht nur nicht aufgehoben, sondern zuletzt sogar in Höhe von 25 – 100% auf weitere Produkte ausgeweitet wurden, darunter Halbleiter, E-Autos, Batterien, Solarzellen, Hafenkräne, medizinische Produkte[2], hat inzwischen auch die EU-Kommission veranlasst, ihrerseits die Zölle gegen bestimmte chinesische Importe anzuheben. Für E-Autos, Solarzellen, aus China sind höhere Zölle in Kraft oder geplant.

Während die US-Regierung ihre handelspolitischen Maßnahmen gegen China unverhüllt geopolitisch mit der Mächterivalität begründet, beansprucht die EU für ihre Maßnahmen noch Regelkonformität. Die verschiedenen Formen von Subventionen, mit denen China seinerseits bestimmte Schlüsselindustrien der Hochtechnologie und Energietechnik sowie nicht zuletzt die Entwicklung und kostengünstige Massenproduktion leistungsfähiger Batterien für E-Autos sowie diese selbst fördert und diese Produkte preisgünstig auf den Weltmarkt bringt, seien eine unzulässige Wettbewerbsverzerrung. Gleichwohl legt auch die EU ein umfangreiches Subventionsprogramm für Spitzentechnologien vor allem auf dem Gebiet der Klimapolitik und Energiewende auf.

Das 2015 von der chinesischen Führung verkündete Programm „China 2025", das 12 Spitzentechnologien identifizierte, in denen chinesische (staatliche wie private) Unternehmen mit staatlicher Hilfe eine führende Position in der Welt erreichen sollen, ist seinerseits ein Stück Geoökonomie, sprich: der Versuch, sich auf diesen Gebieten aus der Abhängigkeit von Importen aus den USA und der EU zu lösen.

2. „Die WTO ist tot"

Diese Hinwendung der führenden Handelsmächte zu Wettbewerbsverzerrung durch diskriminierende Subventionen in großem Stil, zu gezielten Zollerhöhungen gegen einzelne Länder verstößt offen gegen die Grundregeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), dessen Hüter die Welthandelsorganisation (WTO) ist. Betroffene Länder, ob das die EU im Fall der amerikanischen Zollerhöhungen und Buy Local-Klauseln, oder China oder die USA ist, könnten dagegen das Streitbeilegungsgremium der WTO anrufen. Und das geschieht auch vereinzelt. China hat wiederholt gegen die amerikanischen handelspolitischen Maßnahmen, von denen es betroffen ist, bei der WTO die Einleitung von Streitbeilegungsverfahren gegen die USA beantragt. Doch diese Klagen blieben folgenlos. Der WTO-Streitbeilegungsmechanismus war zwar mit Errichtung der WTO 1994 entpolitisiert und verrechtlicht geworden. Eine Berufungsinstanz aus sieben Berufsrichtern, der Appellate Body, konnte nun Streitfälle, die bis dahin nicht beigelegt werden konnten, für alle Seiten verbindlich entscheiden. Aber diese Instanz ist seit 2020 lahmgelegt, da die USA seitdem die Nominierung neuer Mitglieder des Appellate Body blockieren. Streitfälle können also nicht mehr abschließend entschieden werden. So liegt die WTO als oberste Hüterin der Welthandelsordnung im gewollten Koma. Und ob sie daraus noch einmal erwachen kann, ist höchst fraglich.

1994 mag es für die USA noch eine Selbstverständlichkeit gewesen sein, dass die WTO und ihr gestärkter Streitbeilegungsmechanismus dem amerikanischen Interesse an der Durchsetzung weltweiten Freihandels gegen mögliche handelshemmende Eigenmächtigkeiten anderer Staaten dienen würden. Mit dem Aufstieg Chinas, dem stärkeren Gewicht der EU mit ihrer gemeinsamen Währung Euro und dem wachsenden Selbstbewusstsein anderer größerer Staaten hat sich das geändert. Nun setzt sich das Selbstverständnis der Weltmacht durch, dass sie über internationalem Recht steht, internationalen Ordnungsinstitutionen und -verfahren ihre Unterstützung entzieht, wenn sie amerikanischen Interessen nicht mehr dienlich sind. Dass der von den USA vollzogene Regelbruch nicht Ausweis ihrer Heuchelei sei, sondern nur besten Absichten folge, versucht die Financial Times zu begründen, belegt damit aber

nur die Indifferenz, ja Verachtung der US-Führung gegenüber der von ihr hochgehaltenen „regelbasierten internationalen Ordnung“[3].

So verlangt die Biden-Regierung eine Reform der WTO und ihres Streitbeilegungsverfahrens, die sich an US-Interessen orientiert. Und das Team, das im konservativen Washingtoner Thinktank „Heritage Foundation“ unter dem Arbeitstitel „Project 2025“ das Programm für den möglichen künftigen Präsidenten Donald Trump formuliert[4], ist noch deutlicher. Unter amerikanischer Führung solle an Stelle der WTO eine neue Institution unter dem Namen „Global Free Trade Alliance“ geschaffen werden, die „offen ist nur für liberale Demokratien. Das würde autoritäre Staaten wie China daran hindern, die Organisation für ihre eigenen Zwecke zu missbrauchen“[5]. Eine solche neue Institution werde dagegen vor allem den USA nützen.

> „Eine Global Free Trade Alliance würde es den USA erlauben, die Vorteile eines regelbasierten internationalen Handelssystems zu genießen ohne die Mängel der WTO. Verhandlungskosten wären geringer, da die Länder in vielen Punkten schon einig seien. Außerdem gäbe es keine unterschiedlichen Ebenen mit unterschiedlichen Regeln (gemeint: zugunsten der Entwicklungsländer, JvS) und das würde Entwicklungsländern einen Anreiz zur Liberalisierung geben. Nicht nur wäre die Liberalisierung für sich schon gut, sie würde ihnen auch Zutritt zu einem prestigeträchtigen Club verschaffen, der sich zu Amerikas Orbit hin neigt, weg von dem Chinas“[6].

Das wäre, wie die Süddeutsche Zeitung schreibt, keine gute Perspektive für die Entwicklungsländer:

> „Verlierer … sind die kleinen Länder der Erde, für die die WTO … lange der starke Schiedsrichter war, der sie gegen die permanenten Foulspiele der wirtschaftlichen und politischen Schwergewichte in Schutz nahm. Jetzt, da die Organisation gelähmt, ja vielleicht schon tot ist, sind sie wieder auf sich allein gestellt“[7].

Und das heißt, wenn es nach dem Programm der Heritage Foundation für eine kommende Trump-Präsidentschaft geht: sie unterwerfen sich „im Orbit der USA“ bedingungslos dem amerikanischen Liberalisierungsdiktat, liefern ihre Ressourcen und Menschen dem ungehinderten Zugriff durch das überlegene Kapital der USA und ihrer westlichen Verbündeten aus.

3. Von der Geoökonomie zur Geopolitik

So haben die führenden westlichen Handelsmächte, allen voran die USA, seit längerem die Außenhandelspolitik von einer Politik zur Förderung des Handels in ein außenpolitisches Machtmittel verwandelt. Wird die Weltwirtschaft dem Gesichtspunkt der Geoökonomie[8] unterworfen – welche Staaten weisen welche Wirtschaftspotenzen auf und nutzen diese für internationale wirtschaftliche und damit auch politische Einflussnahme – dann ist der Schritt zur Geopolitik schnell gemacht. Denn dann werden die internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Sinne der „relative gains“ - Theorie als Nullsummenspiel betrachtet: Des einen Staates relativer Vorteil gilt automatisch als relativer Nachteil des anderen. Das gilt natürlich vorrangig für die USA, die durch die neue Weltmacht China ihre globale wirtschaftliche, technologische und damit politische und militärische Führungsposition bedroht sehen. Als Spinne im Netz der Weltwirtschaft, vor allem dank ihres Kommandos über die dominierende Weltwährung, den Dollar, und damit über die internationalen Finanzmärkte, nutzen sie die noch gegebene Verflechtung der meisten übrigen Staaten der Welt, vor allem ihrer westlichen Verbündeten, mit der amerikanischen Wirtschaft aus und haben ihre Außenwirtschaftsbeziehungen voll der sicherheitspolitisch-militärischen Machtpolitik untergeordnet. Sie verhängen „Wirtschafts- und Finanzsanktionen“, mehr oder weniger massive Beschränkungen für Außenhandel, Verkehr und andere Dienstleistungen sowie Finanztransaktionen gegen Staaten, die sie aus geopolitischen Gründen schädigen wollen[9].

Geopolitische Sanktionen sind damit ein Instrument knapp unterhalb der Schwelle des Einsatzes von Militärmacht. Der gegnerische Staat soll wirtschaftlich, politisch und militärisch so sehr geschwächt werden, dass er sich letztlich gegen die Interessen der sanktionierenden Mächte nicht behaupten kann. Diese wirtschaftliche Kriegführung hat für die sanktionierenden Staaten zudem den Vorteil ungleich geringerer eigener Kosten im Vergleich zu einem offenen Krieg. Zudem treffen diese in Kauf genommenen eigenen Kosten die einzelnen sanktionierenden Staaten sehr ungleich: die USA als treibende Kraft in der Sanktionierung Russlands wissen darum, dass die Kosten der westlichen Sanktionen

gegen Russland und China überwiegend bei Dritten, vor allem ihren europäischen Verbündeten anfallen.

Bei den Sanktionen gegen Russland und China[10] und die ihnen mehr und mehr verbundenen Mittelmächte Nordkorea und Iran zeigt sich die geopolitische Dimension an ihrer Militärmacht. Russland und China sind die zwei atomar bewaffneten Großmächte, die die USA militärisch schon heute nicht bezwingen könnten, ohne weltweite nukleare Zerstörung zu riskieren. Gegenüber Russland zielen sie mit ihrer Sanktionspolitik auf eine möglichst umfangreiche Schädigung von dessen Wirtschaft, um die Kosten seiner Kriegführung gegen die Ukraine in die Höhe zu treiben. Nicht nur wird Russland, was seine wichtigsten Import- und Exportgüter angeht, weitgehend vom internationalen Handel ausgeschlossen. Vor allem auch werden seine Finanzbeziehungen mit dem Ausland gekappt, soweit sie über Transaktionen in Dollar- und Euro (sowie dem Yen, dem britischen Pfund und anderen Währungen der westlichen Allianz) abgewickelt werden, so dass dem noch stattfindenden Außenhandel das wichtigste Zahlungsmittel entzogen ist. Auch die Dienstleistungsbeziehungen unterliegen Sanktionen: Flugverbindungen zwischen Russland und Nordamerika bzw. den EU-Staaten sind ausgesetzt, der Luftraum westlicher Staaten generell für russische Flugzeuge gesperrt. Westliche Versicherungsgesellschaften, die den Weltmarkt für Schiffsversicherungen dominieren, versichern keine russischen Schiffe mehr. Die privaten Vermögen zahlreicher russischer Bürger, die als Unterstützer der Regierung Putin und ihres Krieges gegen die Ukraine gelten, wurden blockiert oder beschlagnahmt, soweit sie dem Zugriff westlicher Jurisdiktionen unterliegen.

Vor allem aber sind auch die Währungsreserven der russischen Zentralbank im Wert von über 300 Mrd. Dollar, soweit sie in Dollar und Euro gehalten werden, eingefroren.

Das Ziel, Russland von den Weltmärkten für Güter, international gehandelte Dienstleistungen und Kapital auszuschließen, kann freilich nur erreicht werden, wenn die Sanktionen weltweit wirksam sind, wenn sich an ihnen also nicht nur die USA, die EU und die weiteren westlichen Verbündeten beteiligen, sondern auch alle anderen maßgeblichen Handelsnationen. Um das zu erzwingen, verhängen die USA und zunehmend auch die EU Sekundärsanktionen gegen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sowie Finanzinstitute aus Drittstaaten und deren Führungspersonal, wenn sie mit dem sanktionierten Land verbotene Transaktionen vornehmen.

Es bleibt jedoch dabei, dass zum einen die verhängten Sanktionen, gegen wen auch immer, nur innerhalb der Jurisdiktion der sanktionierenden Staaten wirksam durchgesetzt werden können. Zum zweiten gilt: Je weniger Staaten sich den Sanktionen anschließen, desto geringer deren Wirksamkeit. Und um die ist es gerade bei geopolitisch motivierten Sanktionen schlecht bestellt. Denn mit ihnen werden nicht einfach bestimmte Verhaltensänderungen eines anderen Staates angestrebt, sondern letztlich das Ziel, dass der betreffende Staat, gegen den sie sich richten, seine geopolitischen Ambitionen und damit seine Staatsräson aufzugeben bereit ist.

Für Russland ist ein Erfolg in seinem Krieg gegen die Ukraine die Bedingung für seine weitere Existenz als nuklear bewaffnete Weltmacht mit der Fähigkeit zu eigenständiger globaler Machtprojektion. Für China wäre eine Niederlage Russlands eine massive Schwächung seiner eigenen Weltmachtansprüche, letztlich seiner Fähigkeit, seinen Anspruch auf Taiwan als „abtrünnige Provinz“geltend zu machen. Es ist kaum vorstellbar, dass es sich durch Sanktionen von seiner indirekten Unterstützung Russlands, seinen immer intensiveren Handelsbeziehungen mit dem großen nördlichen Nachbarn abbringen lässt. Sich als „responsible stakeholder“, verantwortungsbewusster Teilhaber der amerikanischen Weltwirtschaftsordnung unterzuordnen, wie es die USA vor 25 Jahren von der Aufnahme Chinas in die WTO erhofften, entspricht nicht dem chinesischen Souveränitätsverständnis. Für das Regime von Nordkorea schließlich ist die Nuklearrüstung, gegen die sich die Sanktionen richten, eine Lebensversicherung. Und dasselbe dürfte für das Regime der Mullahs im Iran gelten, der kurz vor der Einsatzreife einer Nuklearwaffe steht.

Aber auch andere Staaten können der Perspektive eines Siegs der USA im großen geopolitischen Machtkampf, der derzeit noch überwiegend mit Sanktionen ausgetragen wird, wenig abgewinnen. Das gilt im besonderen Maße für die bevölkerungsreichste Nation der Erde, die Großmacht Indien. Selbst nuklear bewaffnet, unterhält Indien seit jeher enge Wirtschaftsbeziehungen nicht nur zu westlichen Staaten, sondern auch zu Russland sowie zu Iran – und hat nicht die Absicht, diese aufzugeben. Erst kürzlich wurde eine Bahnverbindung für den Gütertransport zwischen Russland und Indien über den iranischen Hafen Chabahar zum indischen

Hafen Mumbai, der International North-South Transport Corridor (INSTC), mit einem Transport russischer Kohle in Betrieb genommen[11]. Zudem bezieht Indien in großem Umfang russisches Rohöl, das es in seinen Raffinerien zu Treibstoff raffiniert und als indisches Produkt in westliche Länder exportiert. Auch Saudi-Arabien ist in die INSTC-Verbindung eingebunden. Der frühere Außenminister des neutralen Singapur, George Yeo, stellte kürzlich klar: „Die USA können es sich nicht leisten, Indien zu sanktionieren. … Überall treffen die USA inzwischen auf Staaten, die sich ihnen widersetzen“[12].

Tatsächlich erweist sich das Staatenbündnis BRICS, dass inzwischen über seine Gründungsländer Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika hinaus um Ägypten, Iran, Saudi Arabien, Äthiopien und die Vereinigten Arabischen Emirate erweitert wurde, als zunehmend gefestigte Gruppierung, die sich amerikanischem Druck, sich gegen Russland und China zu stellen, entzieht.

Umso fragwürdiger erscheint daher die weitergehende Zielsetzung der USA, die weltwirtschaftliche Supermacht China umfassend zu sanktionieren.

Von einem strikt geopolitischen Standpunkt aus allerdings entbehrt diese Forderung nicht der Logik. Am radikalsten wird dies vom wirtschaftspolitischen Berater des Trump-Teams für die künftige Präsidentschaft, Peter Navarro, formuliert. Navarro war bereits in der ersten Präsidentschaft Trumps der wichtigste wirtschaftspolitische Berater des Präsidenten. Er geht selbstverständlich davon aus, dass „The United States of America is the world's dominant superpower“ und dass diese Position verteidigt werden muss gegen das „kommunistische China“, das die USA als dominante Weltmacht ablösen wolle – die typische amerikanische Projektion: dem Rivalen wird unterstellt, genau das werden zu wollen, was man selber ist.

Navarro präsentiert in einer langen Ausarbeitung für das „Project 2025“ der Heritage Foundation[13] ein umfangreiches Sündenregister unfairer, illegaler und allein auf den eigenen Vorteil bedachter handels- und industriepolitischer Praktiken chinesischer „wirtschaftlicher Aggression“, denen nur durch eine fast völlige Abkoppelung (decoupling) vom Handel mit China begegnet werden kann. In achtzehn Punkten listet er die fälligen Aufgaben des nächsten Präsidenten auf, deren wichtigste im folgenden kurz genannt werden, um zu zeigen, was auf die Weltwirtschaft unter einer neuerlichen Präsidentschaft Trump zukommen könnte.

- Zölle auf alle chinesischen Produkte, mit einem Zollsatz, der die Einfuhr von „Made in China“-Produkten in die USA blockiert.
- Subventionen und Steueranreize für Unternehmen, die ihre Produktion aus China in die USA zurückbringen.
- Ausschluss chinesischer Staatsunternehmen von Ausschreibungen für öffentliche Aufträge.
- Verbot der Verwendung chinesisch produzierter Drohnen im US-Luftraum.
- Verbot aller kommunistisch chinesischen sozialen Netzwerke wie TikTok und WeChat, da sie bedeutende nationale Sicherheitsrisiken seien und amerikanische Verbraucher Daten- und Identitätsdiebstahl aussetzen.
- Verbot aller kommunistisch chinesischen Investitionen in High-Tech-Industrien.
- US–Pensionsfonds ist das Investieren in kommunistisch chinesische Aktien zu verbieten.
- US-Anlegern ist das Investieren in chinesische Staatsanleihen zu verbieten.
- Jede Abhängigkeit der USA von kommunistisch-chinesischen Lieferketten, die die nationale Sicherheit bedrohen können, wie Medikamente, Chips, seltene Erden, PC-Platinen, Flachbildschirme und militärische Komponenten ist systematisch abzubauen und schließlich zu beenden.
- Alle Unternehmen, auch amerikanische wie Apple, die die Great Firewall-Überwachungs- und Zensurfähigkeiten erleichtern, sind zu sanktionieren.
- Alle Konfuzius-Institute in den USA, die als Propagandaarm der KPCh dienen, sind zu schließen.Visa für chinesische Studenten und Wissenschaftler sind weitgehend zu reduzieren oder abzuschaffen, um Spionage und Informationsabfluss vorzubeugen.
- Die KPCh ist durch eine präsidentielle Kommission für das Covid-19-Virus verantwortlich zu machen, um die Möglichkeiten eines Schadensersatzes von der KPCh in Höhe von Billionen von Dollar zu prüfen.

Von dieser Logik haben sich offenbar auch drei renommierte europäische außenpolitische Think Tanks leiten lassen, die Ende Juni 2024 eine gemeinsame Studie über die chinesisch-russischen Beziehungen vorgelegt haben, in der sie dafür plädieren, China nicht mehr nur als strategischen Rivalen, sondern als Sicherheitsbedrohung für Europa

zu betrachten[14]. Diese besteht ihrer Ansicht nach in der Belieferung Russlands mit Werkzeugmaschinen und Dual-Use-Gütern, die die russische Rüstungsindustrie dringend benötigt. Dagegen solle die EU schärfere Sanktionen gegen China und chinesische Unternehmen (sowie deren Geschäftspartner in anderen Ländern) verhängen und so die Kosten Chinas für seine Unterstützung Russlands deutlich erhöhen.

Auch der scheidende NATO-Generalsekretär Stoltenberg hat sich dafür ausgesprochen, China für seine indirekte Unterstützung Russlands „zu bestrafen", seine Kosten für diese Unterstützung durch Sanktionen zu erhöhen.

4. Der geopolitische Dominanzanspruch des Westens stößt an seine Grenzen

Die Ironie des Rufs nach immer weiterreichenden Sanktionen auch gegen die Weltwirtschaftsmacht China liegt freilich darin, dass die westlichen Sanktionen, je weiter die Abkoppelung von China voranschreitet, desto geringere Wirkung entfalten. Denn in dem Maße wird China alternative Handelspartner unter den kleineren und größeren Staaten des „Globalen Südens" finden. Und es wird zusammen mit Russland und den anderen BRICS-Staaten versuchen, sich für seine internationalen Transaktionen weiter aus der Abhängigkeit vom Dollar zu lösen. Dabei sind bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Die „weaponization" des Dollar, sein Einsatz als Waffe im geopolitischen Wirtschaftskrieg, indem ausländische Finanzinstitute durch die Blockierung ihres Zugangs zu Dollartransaktionen vom internationalen Finanzmarkt – soweit er in Dollar abgewickelt wird – ausgeschlossen werden, lässt ihn als solche Waffe zunehmend stumpf werden. Ein wachsender Teil des internationalen Handels wird bereits in anderen Währungen abgewickelt. Russland und China haben ihren Handel praktisch vollständig auf die chinesische Währung Renminbi umgestellt. Auch im Handel Russlands und Chinas mit anderen Ländern spielt der Renminbi eine wachsende Rolle. Selbst die frühere Petro-Dollar-Macht Saudi-Arabien wickelt ihre Ölexporte nach China weitgehend in Renminbi ab. Und Russland bestreitet seinen Außenhandel mit Indien inzwischen zu gut 60% über die beiden Währungen Rubel und Rupie.

Unter dem Eindruck der blockierten auf Dollar und Euro lautenden Währungsreserven der russischen Zentralbank bei westlichen Finanzinstitutionen und ihrer drohenden Enteignung nimmt zudem die Neigung vieler Staaten ab, ihrerseits ihre Währungsreserven in Dollar zu halten[15]. Die Attraktivität des Renminbi als Reservewährung nimmt, wenngleich von einem noch sehr niedrigen Niveau aus, langsam zu. Zugleich stocken immer mehr Zentralbanken massiv ihre Goldbestände auf – auch das eine Flucht aus dem Dollar.

Während die USA und ihre NATO-Verbündeten gegen die großmachtpolitischen Eigenmächtigkeiten Russlands und Chinas die Wiederherstellung einer Weltwirtschaftsordnung mit den USA als dominanter Ordnungsmacht anstreben, hat sich die Welt inzwischen weiterbewegt hin zu einer eher multipolaren Struktur, mit neuen Großmächten neben den USA und der EU, die den vielen kleineren Staaten neue Berechnungen eröffnet, wenn es gilt, sich Unterstützung für die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu verschaffen.

Anmerkungen

1 Nach Kaufkraftparitäten lag Chinas BIP mit 23 Bio. USD bereits 2020 deutlich vor dem der USA mit 19,9 Bio. USD. Angaben laut CIA World Fact Book, https://www.cia.gov/the-world-factbook/static/503b62a3f8c38cb33b2b2be2f5762a30/Economic_World.pdf.

2 The White House, FACT SHEET: President Biden Takes Action to Protect American Workers and Businesses from China's Unfair Trade Practices, https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2024/05/14/fact-sheet-president-biden-takes-action-to-protect-american-workers-and-businesses-from-chinas-unfair-trade-practices/

3 Vgl. Gideon Rachman, „America breaks global rules as it defends the free world", Financial Times (FT online) 24.5.2024, und kritisch zu Rachman Robert Wright, „Guardians of the Blob-Based Order", 31.5.2024, https://nonzero.substack.com/p/guardians-of-the-blob-based-order?

4 Paul Dans/Kevin D. Roberts (Hrg.), Mandate for Leadership. The Conservative Promise, Washington DC (The Heritage Foundation) 2023, https://www.project2025.org/policy/

5 „…that is open only to liberal democracies. This would prevent authoritarian countries like China from abusing the organization for their own ends." Mandate for Leadership, S. 801 (Übers. JvS).

6 „A Global Free Trade Alliance would allow the U.S. to enjoy the benefits of a rules-based international trading system without the WTO's shortcomings. Negotiation costs would be lower because the countries would already be allied on many issues. In addition, there would be no separate tiers with different rules, and this would give developing countries an incentive to liberalize. In addition to being good for its own sake, liberalization would give them entry into a prestigious club that tilted toward America's orbit and away from China's." Mandate for Leadership, S. 812 (Übers. JvS).

7 „Wer braucht schon Regeln?", Süddeutsche Zeitung, 17. 5. 2024, S. 20.

8 Der Begriff der Geoökonomie wurde von Edward Luttwack als Antithese gegen die von der Globalisierung geprägte Theorie der internationalen Interdependenz formuliert. S. Edward N. Luttwack, Theory and Practice of Geo-Economics, Turbo-Capitalism: Winners and Losers in the Global Economy, New York (HarperCollins) 1999.

9 Einen umfassenden Überblick über Sanktionen, frühere wie gegenwärtig aktive, gegen Staaten bietet die auf Anforderung frei verfügbare „Global Sanctions Data Base", s. Syropoulos, C., G. Felbermayr, A. Kirilakha, E. Yalcin, and Y.V. Yotov, 2023. "The Global Sanctions Data Base - Release 3: COVID-19, Russia, and Multilateral Sanctions," Review of International Economics. Danach sind derzeit allein 484 von den USA gegen andere Staaten verhängte Sanktionen aktiv. Sanktionen können auch vom UN-Sicherheitsrat wegen grober Verletzung der UN-Charta verhängt werden, was aber Einstimmigkeit unter den fünf permanenten Sicherheitsrats-Mitgliedern erfordert und daher in Zeiten geopolitischer Konfrontation wie jetzt praktisch nicht mehr vorkommt. Von diesen UN-Sanktionen ist daher im Folgenden nicht die Rede, mit Ausnahme der Sanktionen gegen Nordkorea.

10 Zu den westlichen Sanktionen gegen Russland vgl. Jens van Scherpenberg, Der Wirtschaftskrieg gegen Russland und seine Folgen für die Weltwirtschaft, Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jg., Heft 3/2022, S. 277-286.

11 „The train from Russia: How a new route can change things for India", The Economic Times (Mumbai), 27. Juni 2024.

12 „The US can't afford to sanction India… Everywhere now the US will find countries standing up to them." (Übers. JvS), Van Jackson, America is the Late Qing Dynasty: A View from Singapore, https://www.un-diplomatic.com/p/america-is-the-late-qing-dynasty?

13 Peter Navarro, The Case for Fair Trade, in: Mandate for Leadership, S. 765-795, S. 789f.

14 Natalie Sabanadze/Abigaël Vasselier/Gunnar Wiegand, China-Russia alignment: a threat to Europe's security, Chatham House, German Marshall Fund, MERICs, 26. Juni 2024, https://merics.org/de/report/china-russia-alignment-threat-europes-security.

15 „The clash over whether to commandeer Russia's frozen assets", Financial Times (FT online), 3. Mai 2024, https://www.ft.com/content/0d77f54b-af74-4186-9cae-237528ad7d69.